BGH-Leitsatz-Entscheidungen

1. **AEUV: Vorlage der RL 98/6/EG zur Angabe einer Bearbeitungspauschale im Verkaufspreis**
Beschluss vom 23.01.2025, Az: I ZR 49/24
2. **GG, ZPO: Übergehen von Vortrag zu Abfindungsvereinbarung**
Beschluss vom 10.12.2024, Az: VI ZR 323/23
3. **BGB: Ersatz von Mietwagenkosten bei überschrittenem TÜV-Termin**
Urteil vom 03.12.2024, Az: VI ZR 117/24
4. **KUG, BGB: Berichterstattung über Schlagstockeinsatz**
Urteil vom 19.11.2024, Az: VI ZR 87/24
5. **StVG: Anwesenheit eines Kfz an der Unfallstelle**
Urteil vom 22.10.2024, Az: VI ZR 39/24
6. **InsO: Berücksichtigung eines vorläufig vollstreckbaren Titels bei Zahlungsfähigkeit**
Urteil vom 23.01.2025, Az: IX ZR 229/22
7. **InsO, FluggastrechteVO: Erstattung Flugpreis bei Zahlung mit Gutscheinen**
Urteil vom 16.01.2025, Az: IX ZR 236/23
8. **AEUV: Vorlage VO 2015/848 zur Frage des Verzichts auf Staatenimmunität**
Beschluss vom 16.01.2025, Az: IX ZR 60/24
9. **InsO: Inkongruente Deckung vor Antrag**
Urteil vom 09.01.2025, Az: IX ZR 41/23
10. **ZPO: Vorübergehende Unmöglichkeit der Einreichung elektronischer Dokumente**
Beschluss vom 19.12.2024, Az: IX ZB 41/23
11. **ZPO: Konkludenter Fristverlängerungsantrag**
Beschluss vom 19.12.2024, Az: IX ZB 16/23
12. **ZPO: Nebenintervention des Insolvenzgläubigers**
Beschluss vom 05.12.2024, Az: IX ZB 42/23
13. **IntPatÜbkG: Ausführbare Offenbarung eines begrenzten Wertebereichs**
Urteil vom 03.12.2024, Az: X ZR 131/22
14. **BGB: Angabe der Auszahlungsbedingungen**
Urteil vom 17.12.2024, Az: XI ZR 314/21
15. **EGBGB: Erhalt der Gesetzlichkeitsfiktion**
Urteil vom 17.12.2024, Az: XI ZR 89/21

Urteile und Beschlüsse:

1. AEUV: Vorlage der RL 98/6/EG zur Angabe einer Bearbeitungspauschale im Verkaufspreis

Beschluss vom 23.01.2025, Az: I ZR 49/24

Dem Gerichtshof der Europäischen Union wird zur Auslegung von Art. 2 Buchst. a der Richtlinie 98/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 1998 über den Schutz der Verbraucher bei der Angabe der Preise der ihnen angebotenen Erzeugnisse (ABl. L 80 vom 18. März 1998, S. 27) folgende Frage zur Vorabentscheidung vorgelegt:

Ist eine Bearbeitungspauschale, die nur entfällt, wenn der Gesamtbestellwert einen Mindestbetrag übersteigt, in den für eine Produkteinheit anzugebenden Verkaufspreis im Sinne von Art. 2 Buchst. a der Richtlinie 98/6/EG einzurechnen?

2. GG, ZPO: Übergehen von Vortrag zu Abfindungsvereinbarung

Beschluss vom 10.12.2024, Az: VI ZR 323/23

Zur Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör durch Übergehen von Vortrag zu einem übereinstimmenden Verständnis eines Vorbehalts in einer Abfindungsvereinbarung.

3. BGB: Ersatz von Mietwagenkosten bei überschrittenem TÜV-Termin

Urteil vom 03.12.2024, Az: VI ZR 117/24

Ein Anspruch auf Ersatz von Mietwagenkosten kann nicht allein wegen eines überschrittenen Vorführtermins zur Haupt- und Abgasuntersuchung bei dem unfallbeschädigten Pkw verneint werden. Die Nutzung eines verkehrssicheren Pkw mit nach § 29 Abs. 7 Satz 1 StVZO ungültig gewordener Prüfplakette ist nur dann rechtswidrig, wenn eine Behörde den Betrieb des Fahrzeugs untersagt oder beschränkt hat.

4. KUG, BGB: Berichterstattung über Schlagstockeinsatz

Urteil vom 19.11.2024, Az: VI ZR 87/24

Zur Zulässigkeit einer identifizierenden Wort- und Bildberichterstattung über den Schlagstockeinsatz eines Polizeibeamten.

5. StVG: Anwesenheit eines Kfz an der Unfallstelle

Urteil vom 22.10.2024, Az: VI ZR 39/24

FernstrÜG § 10 Abs. 2 ; GG Art. 143e

§ 10 Abs. 2 FernstrÜG ist dahingehend auszulegen, dass "Die Autobahn GmbH des Bundes" zum 1. Januar 2021 nur in solche Gerichtsverfahren, sonstige Verfahren und Rechtspositionen eingetreten ist, für die aufgrund des Wegfalls der Zuständigkeit der Länder oder der nach Landesrecht zuständigen Selbstverwaltungskörperschaften für die Auftragsverwaltung an den Bundesautobahnen nach Art. 143e GG mit Ablauf des 31. Dezember 2020 Regelungsbedarf bestand.

StVG § 7 Abs. 1

Die Anwesenheit eines im Betrieb befindlichen Kraftfahrzeugs an der Unfallstelle allein rechtfertigt noch nicht die Annahme, dass ein Schaden bei dem Betrieb dieses Fahrzeugs entstanden ist. Erforderlich ist vielmehr, dass die Fahrweise oder der Betrieb dieses Fahrzeugs zu dem Entstehen des Schadens beigetragen hat. Dies ist nicht der Fall, wenn nur feststeht, dass sich die Ladung des Aufliegers einer Sattelzugmaschine, die auf einem Rastplatz abgestellt wurde, ohne Fremdeinwirkung selbst entzündete.

6. InsO: Berücksichtigung eines vorläufig vollstreckbaren Titels bei Zahlungsfähigkeit

Urteil vom 23.01.2025, Az: IX ZR 229/22

Ein vorläufig vollstreckbarer Titel über eine streitige Forderung ist bei der Beurteilung der Zahlungsunfähigkeit durch den Schuldner in Höhe des Nennwerts der titulierten Forderung zu berücksichtigen, wenn die Voraussetzungen für eine Vollstreckung aus dem Titel vorliegen und der Titelgläubiger die Vollstreckung eingeleitet hat.

7. InsO, FluggastrechteVO: Erstattung Flugpreis bei Zahlung mit Gutschein

Urteil vom 16.01.2025, Az: IX ZR 236/23

InsO § 55 Abs. 1 Nr. 1

Schließt ein Gläubiger nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Luftfahrtunternehmens einen neuen Beförderungsvertrag ab, handelt es sich bei den Beförderungsansprüchen um Masseverbindlichkeiten, auch wenn der Flugpreis mittels eines Gutscheins bezahlt wird, den das Luftfahrtunternehmen anlässlich der Annullierung eines vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens über sein Vermögen gebuchten und bezahlten Flugs dem Gläubiger ausgestellt hat.

FluggastrechteVO Art. 7 Abs. 3, Art. 8 Abs. 1 Buchst. a

Annulliert das Luftfahrtunternehmen einen Flug, kann der Gläubiger auch dann die Erstattung des Flugpreises in Geld verlangen, wenn er den Flugpreis mittels eines Gutscheins bezahlt hat, den das Luftfahrtunternehmen anlässlich der früheren Annullierung eines vom Gläubiger vollständig bezahlten Flugs ausgestellt hat.

8. AEUV: Vorlage VO 2015/848 zur Frage des Verzichts auf Staatenimmunität

Beschluss vom 16.01.2025, Az: IX ZR 60/24

Dem Gerichtshof der Europäischen Union wird zur Auslegung des Gemeinschaftsrechts gemäß Art. 267 Abs. 1 Buchst. b, Abs. 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) folgende Frage vorgelegt:

Ist Art. 6 Abs. 1 der Verordnung (EU) 2015/848 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 über Insolvenzverfahren dahingehend auszulegen, dass er in Ansehung der Anerkennung ausländischer Insolvenzverfahren einen konkludenten Verzicht der Mitgliedstaaten der Europäischen Union auf den Grundsatz der Staatenimmunität für Klagen enthält, mit denen der Insolvenzverwalter nach Maßgabe des anwendbaren Insolvenzrechts geltend macht, Rechtshandlungen gegenüber einem Mitgliedstaat seien anfechtbar, weil sie die Gesamtheit der Gläubiger benachteiligen?

9. InsO: Inkongruente Deckung vor Antrag

Urteil vom 09.01.2025, Az: IX ZR 41/23

Erbringt der Schuldner eine inkongruente Deckung im zweiten oder dritten Monat vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens, ist auch die in inkongruenter Weise befriedigte Forderung bei der Prüfung zu berücksichtigen, ob der Schuldner im Zeitpunkt der angefochtenen Rechtshandlung objektiv zahlungsunfähig war.

10. ZPO: Vorübergehende Unmöglichkeit der Einreichung elektronischer Dokumente

Beschluss vom 19.12.2024, Az: IX ZB 41/23

a) Hat ein Prozessbevollmächtigter wegen vorübergehender technischer Unmöglichkeit der Einreichung eines elektronischen Dokuments die Ersatzeinreichung nach den allgemeinen Vorschriften veranlasst, ist er nicht gehalten, sich bis zur tatsächlichen Vornahme der Ersatzeinreichung weiter um eine elektronische Übermittlung des Dokuments zu bemühen.

b) Zur Glaubhaftmachung einer vorübergehenden Unmöglichkeit der Einreichung eines Schriftsatzes als elektronisches Dokument bedarf es der anwaltlichen Versicherung des Scheiterns einer oder mehrerer solcher Übermittlungen nicht, wenn sich aus einer Meldung auf den Internetseiten der Bundesrechtsanwaltskammer, des elektronischen Gerichts- und Verwaltungspostfachs oder aus einer anderen zuverlässigen Quelle ergibt, dass der betreffende Empfangsserver nicht zu erreichen ist, und nicht angegeben ist, bis wann die Störung behoben sein wird.

11. ZPO: Konkludenter Fristverlängerungsantrag

Beschluss vom 19.12.2024, Az: IX ZB 16/23

a) Beantragt ein Prozessbevollmächtigter in der Berufungsschrift allenfalls konkludent eine Verlängerung der Frist für die Berufungsbegründung und führt er hierfür keine Umstände an, muss er mit einer Ablehnung des Fristverlängerungsantrags rechnen (Fortführung von BGH, Beschluss vom 16. November 2021 - VIII ZB 70/20, MDR 2022, 184 Rn. 18).

b) In einem solchen Fall ist es Sache des Prozessbevollmächtigten, von sich aus bei Gericht rechtzeitig nachzufragen, ob die Frist möglicherweise dennoch verlängert worden ist, so dass er andernfalls noch vor Fristablauf die Berufungsbegründung oder einen begründeten Verlängerungsantrag einreichen kann (Fortführung von BGH, Beschluss vom 18. Juli 2007 - IV ZR 132/06, VersR 2007, 1583Rn. 8; vom 14. November 2023 - XI ZB 10/23, juris Rn. 15).

12. ZPO: Nebenintervention des Insolvenzgläubigers

Beschluss vom 05.12.2024, Az: IX ZB 42/23

a) Das Interesse eines Insolvenzgläubigers, einen gegen den Insolvenzverwalter geltend gemachten Anspruch, die Herausgabe eines Gutachtens an die Insolvenzgläubiger zu unterlassen, abzuwehren, stellt auch dann nur ein rein wirtschaftliches und kein

die Zulässigkeit der Nebenintervention begründendes rechtliches Interesse dar, wenn das Gutachten dazu dient, das Bestehen eines Anfechtungsanspruchs zu überprüfen.

b) Ein Insolvenzgläubiger kann sich zur Begründung eines Interventionsinteresses nicht auf das Recht der Gläubigerversammlung auf Unterrichtung durch den Insolvenzverwalter stützen.

13. IntPatÜbkG: Ausführbare Offenbarung eines begrenzten Wertebereichs

Urteil vom 03.12.2024, Az: X ZR 131/22

a) Ein nur in einer Richtung begrenzter Wertebereich kann ausführbar offenbart sein, wenn sich die Erfindung nicht in der Eröffnung eines bestimmten Bereichs erschöpft, sondern eine darüber hinausgehende, verallgemeinerbare Lehre aufzeigt, die es dem Fachmann erstmals ermöglicht, nach weiteren Verbesserungsmöglichkeiten zu suchen und den im Patent konkret aufgezeigten Höchstwert zu übertreffen (Bestätigung von BGH, Urteile vom 12. März 2019 - X ZR 32/17, GRUR 2019, 713 Rn. 45 - Cer-Zirkonium-Mischoxid I; X ZR 34/17, GRUR 2019, 718 [BGH 12.03.2019 - X ZR 34/17] Rn. 26 - Cer-Zirkonium-Mischoxid II).

b) Fehlt es an einer verallgemeinerbaren Lehre in diesem Sinne, ist ein nach oben begrenzter Bereich nur dann ausführbar offenbart, wenn das Patent mindestens ein konkretes Ausführungsbeispiel schildert, das den beanspruchten Höchstwert erreicht, oder konkrete Hinweise gibt, wie ausgehend von den geschilderten Beispielen eine weitere Steigerung zu erreichen ist (Bestätigung von BGH, Urteil vom 6. April 2021 - X ZR 54/19, GRUR 2021, 1043 Rn. 59 - Cerdioxid).

c) Diese Grundsätze gelten entsprechend für eine beanspruchte Untergrenze, wenn es nicht ohne weiteres möglich ist, einen niedrigen Wert zu erzielen.

14. BGB: Angabe der Auszahlungsbedingungen

Urteil vom 17.12.2024, Az: XI ZR 314/21

Zur Angabe der Auszahlungsbedingungen nach § 492 Abs. 2 BGB i.V.m. Art. 247 § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, § 3 Abs. 1 Nr. 9 EGBGB.

15. EGBGB: Erhalt der Gesetzlichkeitsfiktion

Urteil vom 17.12.2024, Az: XI ZR 89/21

Für den Erhalt der Gesetzlichkeitsfiktion des Art. 247 § 6 Abs. 2 Satz 3 EGBGB genügt eine den verbundenen Vertrag gegenüber anderen Verträgen abgrenzende Individualisierung, die durch die Benennung des Vertragsgegenstands genauso erfolgen kann wie durch die Verwendung einer Bezeichnung, die dem verbundenen Vertrag im Text des Darlehensvertrags zugeordnet ist.